

Von der Leyens Vermächtnis

Eine EU, die nicht nur aufgegeben hat, sondern ihr eigenes Volk benutzt. Das ist das Vermächtnis von Ursula von der Leyen und all derer, die sie unterstützen.



26. Juli 2024 | Hugo Dionísio

Die politische Klasse der EU und ihrer Mitgliedstaaten hat vorhersehbar die Agonie, Dekadenz und Unterwerfung der europäischen Angelegenheiten unter die Interessen der USA verlängert. Und nun werden wir weitere fünf Jahre mit Ursula von der Leyen leben müssen.

Darüber hinaus werden wir uns in Zukunft alle an ihre Reden über die „Sicherheit der Wertschöpfungsketten“ erinnern, in denen Ursulas großes Verdienst darin bestand, die Abhängigkeit der Welt von chinesischen Wertschöpfungsketten weiter zu verstärken und zu zeigen, dass ihre Zölle, Sanktionen und Konditionierungen uns im Gegensatz zu dem, was sie ebenso wütend wie hasserfüllt verkündet, ebenso viel Leid zufügen, wie sie die anderen entlasten. In der EU werden wir in 10 Jahren die größte Reserve an Mineralien, Nahrungsmitteln, Energie und Rohstoffen der Welt aufgegeben haben, und wenn nicht ein Aufstand beginnt, werden wir auch den größten Verbrauchermarkt des Planeten aufgegeben haben, der in den kommenden Jahren am meisten wachsen wird. Das sind die großen Verdienste von der Leyens!

In Anbetracht dieser Bilanz könnte man meinen, dass in den nächsten fünf Jahren eine Kurskorrektur stattfinden würde. Aber nein. Ursula von der Leyen wird weiterhin gegen die eigenen Völker der EU kämpfen, indem sie ihnen das eine sagt und das Gegenteil tut, und einer der Bereiche, in denen wir ohne jegliche Vorbehalte sehen können, dass die EU – diese EU – ihre einheimischen Völker aufgegeben hat, ist in Bezug auf das, was derzeit eine der Hauptquellen sozialer Spannungen ist: die Einwanderung.

Die Mitteilung der EU-Kommission mit dem Titel „Stärkung des sozialen Dialogs in der EU: Nutzung seines vollen Potenzials zur Bewältigung gerechter Übergänge“, in der die derzeitige

Situation auf dem europäischen Arbeitsmarkt als „Arbeitskräftemangel“ bezeichnet wird, macht deutlich, was von der Leyen in dieser Hinsicht beabsichtigt.

Lassen Sie sich von dem scheinbar rationalen Diskurs nicht täuschen: Die „Stärkung des sozialen Dialogs“ sollte als „Gewährleistung des sozialen Friedens angesichts von Maßnahmen, die die Löhne und Lebensbedingungen weiter drücken werden“ verstanden werden; die „Nutzung des vollen Potenzials“ sollte als „Aufstockung der Reservearmee der Arbeitskräfte zur Eindämmung des Lohnwachstums“ verstanden werden; und die „Bewältigung fairer Übergänge“ sollte als „Sicherstellung, dass jeder gezwungen wird, das Wirtschafts- und Sozialmodell der EU vorbehaltlos zu übernehmen“ verstanden werden.

Wie immer, wenn Ursula von der Leyen ihre drakonischen Absichten in gelegentliche diskursive Schnörkel verpackt, macht sie Europa ärmer, weniger unabhängig und gefährlicher. Viel gefährlicher. Jedes Mal, wenn sie den Mund aufmacht, ist es am besten, ihre Worte so zu interpretieren, dass sie eine versteckte Bedeutung haben, die oft das Gegenteil von dem ist, was sie tatsächlich gesagt hat.

Auf dem Weg zu einer stärkeren Ausbeutung der europäischen Völker stellt die EU-Kommission zu Recht zunächst die demografischen Veränderungen fest, die in den letzten Jahrzehnten stattgefunden haben. Die Europäer bekommen einfach immer weniger Kinder. Die Folge ist, dass die einheimische europäische Erwerbsbevölkerung schrumpft und die Prognose lautet, dass die Zahl der Erwerbstätigen, die heute bei 265 Millionen liegt, im Jahr 2040 bei 250 Millionen und im Jahr 2050 bei 240 Millionen liegen wird. Mit anderen Worten: ein Rückgang um eine Million pro Jahr.

Angesichts eines Problems dieser Größenordnung, dessen langfristige Folgen nicht nur die Verringerung der einheimischen Bevölkerung, sondern auch die Entstehung riesiger menschenleerer und ungenutzter Gebiete sowie das Aussterben bestimmter Kulturen und Traditionen sein werden, wären eine eingehende Untersuchung und Maßnahmen erforderlich, die geeignet sind, den Trend des Bevölkerungsrückgangs und der sinkenden Fruchtbarkeits- und Geburtenraten umzukehren.

Was schlägt die EU-Kommission also vor, um den von ihr als ernsthaft bezeichneten „Arbeitskräftemangel“ zu beheben? Die von der EU vorgeschlagenen Maßnahmen zielen alle darauf ab, den Bestand an verfügbaren Arbeitskräften abrupt zu erhöhen. Durch die sogenannten „Aktivierungsmaßnahmen“ will die EU – wie sie sagt – eine „Null“-Arbeitslosigkeit erreichen, und das ist der erste Widerspruch, den wir feststellen können. Sie wollen also eine „Nullarbeitslosigkeit“ erreichen und gleichzeitig den Bestand an verfügbaren Arbeitskräften erhöhen?

In Wahrheit sieht die Aktivierungspolitik vor, junge NEETs (Not in Employment, Education or Training) zu beschäftigen und die Auswirkungen „gewisser Altersrenten“ zu bewerten, d. h. zu prüfen, inwieweit diese Renten arbeitsfähige Menschen nicht in den Ruhestand schicken, sondern sie deaktivieren, anstatt sie auf dem Arbeitsmarkt zu halten. Dies bedeutet, dass man sich auf den Markt des so genannten „aktiven Alterns“ konzentriert. Eine andere Maßnahme besteht darin, „Nischen“ verfügbarer Arbeitskräfte in der behinderten Bevölkerung ausfindig zu machen und diese Menschen zu „emanzipieren“, was lobenswert wäre, aber nicht, wenn es aus den falschen Gründen geschieht. Wie wir später sehen werden.

Eine weitere wichtige Maßnahme, die vorgestellt wird, ist die innereuropäische Mobilität, die die auf nationaler Ebene verfügbaren Arbeitskräfte in die reicheren Länder verlagert und die übrigen

Länder ohne die von ihnen getätigten Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung zurücklässt, was die ohnehin schon ungleiche europäische Arbeitsteilung noch verschärft, die Tätigkeiten mit der höchsten Wertschöpfung und den höchsten Löhnen weiterhin in den nördlichen Ländern konzentriert und die übrigen Länder zu einfachen Reserven an billigen Arbeitskräften macht, die entweder die reicheren Länder versorgen oder Tätigkeiten mit geringerer Wertschöpfung und niedrigeren Löhnen einrichten und so die regionalen Asymmetrien aufrechterhalten. Und all dies tut Ursula von der Leyen, während sie die gegenteiligen Ziele verkündet.

Was die von der EU-Kommission als „Förderung der Arbeitsbedingungen“ bezeichnete Maßnahme betrifft, so zielt sie darauf ab, den frühzeitigen Eintritt in den Arbeitsmarkt durch die Förderung von Praktika, Lehrlingsausbildung und beruflicher Bildung zu fördern, wodurch viele junge Menschen, insbesondere die ärmsten, von der Hochschulbildung abgehalten und in eine frühzeitige berufliche Ausbildung gebracht werden. Statistiken zeigen, dass junge Menschen, die eine Berufsausbildung absolvieren, viel seltener ein Hochschulstudium aufnehmen als solche, die eine allgemeine Ausbildung absolvieren. Auf diese Weise wird eine Elite aufgebaut und mit dem Topmanagement betraut, während der Rest in den mittleren Rängen und als Migranten in gering qualifizierten Jobs gehalten wird.

Aber die EU steckt ihre gesamten Investitionen in die Behebung des „Arbeitskräftemangels“ in den am meisten unterbewerteten Bereichen. Die europäische Wirtschaft benötigt nach wie vor große Mengen an Arbeitskräften für Tätigkeiten, die sie intensiv nutzen. In diesem Fall sehen die Pläne der EU vor, die Migrationspolitik zu verstärken und die benötigten Arbeitskräfte von außerhalb der EU anzuwerben. Und so kommt es, dass so viele Menschen, die sich gegen das aussprechen, was sie als „demografische Ersatzpolitik“ bezeichnen, am Ende eine EU unterstützen, die die Migrationspolitik zu einem ihrer wichtigsten strategischen Ziele bei der Anwerbung von Arbeitskräften machen will. Auf diese Weise will die EU einen „europäischen Talentpool“ und eine „Plattform für Arbeitsmigration“ einrichten, wie sie es nennt. Beide Maßnahmen basieren auf der Anwerbung von Arbeitskräften aus Drittländern.

Vergleichen wir nun diese Vorschläge mit den folgenden Daten:

- Die durchschnittliche Arbeitslosenquote in der EU liegt bei etwa 6,5 Prozent, d. h. es gibt immer noch etwa 17 Millionen zu vermittelnde Arbeitskräfte, von denen ein erheblicher Teil junge Arbeitnehmer (14,5 Prozent sind arbeitslos) im Alter zwischen 18 und 25 Jahren sind. Auch wenn die EU sagt, dass die Qualifikationen dieser Menschen verbessert werden müssen und dass das Arbeitskräftemangel in einigen Sektoren akuter ist als in anderen, ist es in Wahrheit so, dass im eigenen Land noch viel getan werden muss, um die „Null-Arbeitslosigkeit“ zu erreichen, bevor man in Drittländern nach Arbeitskräften sucht.
- Das Potenzial für die Robotisierung, Automatisierung und Digitalisierung der europäischen Wirtschaft ist immer noch sehr hoch, vor allem in den weniger fortgeschrittenen Ländern, was an sich schon riesige Mengen an verfügbaren Arbeitskräften freisetzen würde, die in anderen Sektoren eingesetzt werden könnten, wenn dieses Potenzial realisiert würde.
- Im Allgemeinen entwickelt die EU keine Politik, die die Geburtenrate und das Recht auf Elternschaft schützt, und noch weniger, die Frauen im gebärfähigen Alter schützt, die so oft zu Lasten ihrer Karriere auf die Fruchtbarkeit verzichten müssen.

Wenn diese Aufgaben also noch nicht erfüllt sind, warum will die EU-Kommission dann ältere Menschen, Jugendliche, Behinderte und Invaliden zur Arbeit schicken? Warum will sie qualifizierte und weniger qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland anwerben? Der Grund ist klar und hat mit Lohnzurückhaltung zu tun. Dies soll durch die Vergrößerung der sogenannten „Reservearmee an Arbeitskräften“ erreicht werden. Mehr verfügbare Arbeitskräfte, mehr Nachfrage nach Arbeit, niedrigere Löhne. So einfach ist das. Das heißt nicht, dass die Löhne nicht steigen werden, aber sie werden langsamer steigen als die Wirtschaft, was zu einem Kaufkraftverlust und zu einer relativen Verschlechterung der Lebensbedingungen führt.

Und man muss nicht sehr weit gehen, um zu verstehen, warum die EU diesen Weg einschlägt. Die erste Antwort ist sonnenklar: Der Abbruch der Beziehungen zur Russischen Föderation hat den Wert der Rohstoffe verteuert, und wir müssen dies durch eine Senkung der Löhne kompensieren, nicht zuletzt, weil die Strategie darin besteht, mit China auf den Weltmärkten für dieselbe Art von Produkten zu konkurrieren.

Und wenn wir diesen Verlust an Energie und billigen Rohstoffen kompensieren müssen, warum tun wir das dann mit niedrigeren Löhnen? In Portugal zum Beispiel hat der Tourismusverband, in dem die mit dem Tourismus verbundenen Unternehmer zusammengeschlossen sind, der Regierung einen „Arbeits-Simplex“ vorgeschlagen, um die Einstellung von Arbeitsmigranten aus Drittländern zu erleichtern. Mit anderen Worten: Die europäischen Arbeitgeber schlagen eine Politik zur Erleichterung der Migration aus Drittländern vor. Diese Art von Lösung wird auch von Eurobusiness, einem Zusammenschluss europäischer Arbeitgeber, befürwortet.

Die Migrationspolitik und die Überschwemmung der EU mit Arbeitsmigranten ist eine von den europäischen Arbeitgebern geforderte Politik, die von der politischen Klasse des neoliberalen und globalistischen Zentrums und von den Interessen der transnationalen Wirtschaft unterstützt wird und darauf abzielt, angesichts der sinkenden Arbeitslosenquoten und der Notwendigkeit einer rationelleren Arbeitsverwaltung sicherzustellen, dass noch genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, damit die Unternehmen nicht gezwungen sind, die Löhne zu erhöhen.

Ein weiterer Irrtum, den wir in der Rede von Ursula von der Leyen erkennen können, tritt zutage, wenn sie auf die Notwendigkeit verweist, China „vom Risiko zu befreien“, weil seine billigen Produkte Arbeitsplätze in Europa vernichten. Diese EU-Vorschläge zeigen, dass es nicht um den „Schutz von Arbeitsplätzen“ geht, sondern um Gewinnspannen und Akkumulationsniveaus, die mehr als 20 Prozent des jährlich produzierten Reichtums in die Hände von nur ein Prozent der Reichsten legen. Wenn es um den Schutz von „Arbeitsplätzen“ ginge, würde die Politik anders aussehen. Protektionistisch? Ja, vielleicht. Aber sie würden im Wesentlichen darauf abzielen, Arbeitsplätze und die Lebensqualität der Europäer zu schützen.

Und hier zeigt sich ein weiterer Trugschluss. In dieser Mitteilung, in der auf die „geografischen Veränderungen“ hingewiesen wird, findet sich kein Wort über die Verbesserung der Bedingungen für eine stabile Beschäftigung und ein stabiles Leben, über den Zugang zu Wohneigentum, der es Erwachsenen im gebärfähigen Alter ermöglichen würde, sich niederzulassen und eine Familie zu gründen; stattdessen liegt der Schwerpunkt auf der „Mobilität“, die junge Menschen dazu zwingt, auf der Suche nach besseren Gehältern ärmere Länder in reichere zu verlassen, was aber in vielen

Fällen um den Preis geschieht, dass die Absicht, sich niederzulassen und eine Familie zu gründen, aufgeschoben wird.

Die Förderung eines nachhaltigeren und stabileren Lebensstils für junge Menschen, die Bekämpfung der Arbeitsplatzunsicherheit, Investitionen in billigeren Wohnraum und die Unterstützung von Geburt und Elternschaft würden das Wirtschaftsmodell der Arbeitsteilung in der EU in Frage stellen. Es würde die Interessen der mächtigsten Länder an der Anwerbung der qualifiziertesten Arbeitskräfte gefährden. Und das soll sich nicht ändern, sondern beibehalten und sogar noch verschlimmern.

Die EU verzichtet also auf die Erneuerung der einheimischen Bevölkerung und wählt den einfachsten Weg, der das neoliberale, globalistische und hegemoniale Projekt, das sie ist, nicht in Frage stellt. In diesem Sinne könnte man sagen, dass, wenn es ein Projekt gegen die Familie und die einheimischen Völker der Mitgliedsstaaten gibt, es dieses europäische Projekt selbst ist. Aber vor allem ist es gegen all diese Dinge, weil es ein Projekt gegen die Interessen der Völker selbst ist, was auch immer diese sein mögen.

Während alle davon ausgingen, dass die Einführung neuer Technologien und die daraus resultierende Produktivitätssteigerung – die Menschheit hat noch nie so viel und so gut in so kurzer Zeit produziert – zu einer Verringerung der normalen Arbeitszeit führen würde, da weniger Ressourcen benötigt werden, um das Gleiche zu produzieren, sagt uns die EU das Gegenteil. Sie sagt uns, dass wir immer mehr menschliche Arbeit brauchen. Selbst wenn man diese Arbeitskräfte aus Drittländern holen muss. Und hier schweigen all diejenigen, die sagen, dass sie „überfallen“ werden.

Und sie schweigen, weil sie wissen, dass die Wanderarbeiter nur kommen, weil sie Arbeit finden, weil die Arbeitgeber sie auf vielfältige Weise anlocken. Dieselben Interessen leben von den schrecklichen Bedingungen, unter denen diese Arbeiter ankommen und leben, denn je mehr sie sich anstrengen, um das Mittelmeer zu überqueren oder eine angemessene Unterkunft zu finden, desto geringer sind ihre Löhne und desto unwürdiger sind die Wohnbedingungen, die sie akzeptieren.

Diejenigen, die die Arbeitsmigranten dafür kritisieren, dass sie in überfüllten Häusern leben, dass sie die Straßen füllen, auf denen wir unterwegs sind, und die ihnen vorwerfen, dass sie uns die Arbeitsplätze wegnehmen, haben noch nie erlebt, dass sie diejenigen anklagen, die sie anziehen, die die Politiken und das Wirtschaftsmodell entwickeln, die all dies legitimieren. Ich habe noch nie erlebt, dass sie eine EU anklagen, die die Menschen, alle Menschen, zurücklässt.

Eine Union, die nicht nur aufgegeben hat, sondern die ihre eigenen Leute benutzt!

Das ist das Vermächtnis von Ursula von der Leyen und all denen, die sie unterstützen!